

Niederschrift

aufgenommen anlässlich der 13. Sitzung des Gemeinderates am Mittwoch, 21. Dezember 2022 mit Beginn um 18 Uhr im großen Sitzungssaal der Stadtgemeinde Althofen.

Anwesend: Bgm. Dr. Walter Zemrosser als Vorsitzender

Die Mitglieder:

- Vzbgm.ⁱⁿ Doris Hofstätter
- Vzbgm. Mag. Michael Baumgartner, MBA
- StR Philipp Strutz, BSc
- GR Mst. Markus Weghofer
- GRⁱⁿ Mag. Anna Ragoßnig
- GR Siegfried Jerney
- GR Ferdinand Schabernig (Ersatz)
- GR Walter Seirer (Ersatz)
- GR Philipp Scheiflinger (Ersatz)
- GR Jaqueline Zeissler (Ersatz)
- GR Ing. Robert Kohlenbrein
- GR Gernold Kloiber
- StR Mag. Wolfgang Leitner
- GR Sebastian Janschitz, BA MA
- GRⁱⁿ Stefanie Steiner
- GR Ing. Martin Hinteregger
- GR Marco Aßlaber
- StR Mag. Klaus Trampitsch
- GRⁱⁿ Corinna Spendier
- GR Robert Dolzer
- GRⁱⁿ Silvia Zeißler
- GR Caba Lajko

Weiters: AL Hubert Madrian

Schriftführerin: Bettina Knafl-Jannach

Abwesend:

- MMag. Michael Wasserfaller
- GR Markus Longitsch
- GR Arno Goldner
- GR Marc Weitensfelder

Die Gemeinderatssitzung wurde gemäß den Bestimmungen der K-AGO bzw. Geschäftsordnung unter Angabe der Tagesordnung zeitgerecht einberufen. Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesende und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Im Anschluss wird die Angelobung von Walter Seirer als Ersatzmitglied des Gemeinderates vorgenommen, die seinerseits mit den Worten „ich gelobe“ angenommen wird.

Nachdem es seitens der Fraktionen keine Einwände bzw. Ergänzungswünsche hinsichtlich der Tagesordnung gibt, beginnt der Vorsitzende mit dem Eingehen in dieselbe.

Pkt.1) Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2022

Die Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 28. November 2022 ist den Fraktionen zeitgerecht zugegangen. Seitens aller Fraktionssprecher wird das Protokoll genehmigt.

Pkt. 2) Erlassung einer Verordnung mit der die integrierte Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung „Siedlungserweiterung Althofen Krumfelden 6-04/2021“ beschlossen wird

Der Vorsitzende berichtet, dass in Krumfelden der nächste große Schritt der Siedlungserweiterung in Richtung Gutshaus bevorsteht und dafür alle erforderlichen Gutachten erstellt und Stellungnahmen eingeholt wurden. Der Vorsitzende bittet in Folge AL Hubert Madrian um weitere Ausführungen.

AL Hubert Madrian ergänzt, dass sich die Fläche zwischen der Baustufe 3 und dem Gehöft Krumfelden – westlich der Hauptaufschließungsstraße befindet und ein Ausmaß von 36.204 m² hat. Grundsätzlich kann erwähnt werden, dass gegenüber den bisherigen Verbauungen eine höhere Bebauungsdichte ermöglicht wird, das heißt, dass vermehrt Reihenhauswohnanlagen und Doppelwohnhäuser vorgesehen wurden und dass Formulierungen aus letzten Bebauungsplänen konkretisiert wurden um zum Beispiel weniger Spielraum für mehrfache Abtreppungen bei Stützmauern zuzulassen. Außerdem sind auch Themen wie Photovoltaikanlagen und „grüne Dächer“ berücksichtigt. Er informiert, dass jedenfalls die Möglichkeit geschaffen wird, dass in Summe 47 Wohneinheiten errichtet werden können.

AL Hubert Madrian konkretisiert weiter, dass es sich um die Umwidmung von Teilflächen der Grundstücke 59/1 (18.541 m²) 78 (16.948 m²) und 529 (715 m²) jeweils KG Töscheldorf von Grünland für die Land- und Forstwirtschaft bestimmte Fläche, Ödland in Bauland Wohngebiet handelt. Der Verordnungsentwurf wurde kundgemacht und den Fraktionen übermittelt. Gegenüber diesem kundgemachten Verordnungsentwurf sind nicht zuletzt aufgrund der Stellungnahmen der verschiedenen Fachdienststellen, die teilweise negativ sind (Bezirksforstinspektion sowie Naturschutz) bzw. zusätzlicher Verbesserungsvorschläge, folgende Änderungen vorgesehen. Diese bringt er gemäß Beilage 1 zur Kenntnis.

AL Hubert Madrian führt weiter aus, dass wenngleich sich die dynamische Entwicklung der Vergangenheit aufgrund geänderter Rahmenbedingungen etwas reduziert hat, es zwischenzeitlich dennoch ein gutes Dutzend Interessenten gibt und auch mit Partnern wie Salbrechter und Pobaschnig sollen, aufgrund der Möglichkeit vermehrt Reihenhauswohnanlagen bzw. Doppelwohnhäuser unterzubringen, wieder fruchtbringende Projekte umgesetzt werden können.

StR Mag. Wolfgang Leitner freut es sehr, dass Themen des Klima- und Energiemanagements, Anliegen aus dem Nachhaltigkeits- und Umweltausschusses, im Bebauungsplan vorkommen. Diese zeitgemäßen Themen können den Leuten, die bauen, in Zukunft vielleicht auch Geld einsparen. Er glaubt, dass es notwendig ist, das Thema Bodenverbrauch anzugehen, da das Bodenangebot in Althofen immer schwieriger wird. Althofen ist einer der großen Bodenverbraucher im Land Kärnten, er ortet Handlungsbedarf und möchte dies bei nächsten Umwidmungen miteinbringen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle die Verordnung, mit der die integrierte Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung „Siedlungserweiterung Althofen Krumfelden 6-04/2021“ im Ausmaß von 36.204 Quadratmeter gemäß beiliegendem Entwurf (Beilage 2), in dem die Änderungen gemäß Beilage 1 bereits eingearbeitet sind, beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Pkt.3) Übernahme von Teilen der Parz. 46/2 und 46/3, KG Althofen (Annensteig) in öffentliches Gut

Der Vorsitzende erinnert, dass der Annensteig bisher privater Grund mit öffentlichem Wegerecht war. Mit den Grundeigentümern, der Erbin nach Herrn Dr. Rothenpieler sowie den Nachfolgekäufern, wurden alle Voraussetzungen herbeigeführt, damit die Stadtgemeinde den Annensteig in öffentliches Gut übernehmen kann. Der Vorsitzende bittet AL Hubert Madrian um weitere Ausführungen.

AL Hubert Madrian bringt zur Kenntnis, dass jene Fläche, die von Rothenpieler übernommen wird, ein Ausmaß von 37 m² hat, die zweite Fläche, übernommen von der Firma HSH Ökoprojekt GmbH, hat eine Größe von 107 m². Beide Flächen werden kostenlos in das öffentliche Gut abgetreten.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Übernahme von Teilen der Parz. 46/1 und 46/2 gemäß Vermessungsplan DI Heimo Prutej, GZ: 2046 – 22, KG Althofen (Annensteig), in öffentliches Gut zu beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Pkt.4) Landart – Rundwanderweg und Landart – Kunstwettbewerb; Einreichung Förderantrag

Der Vorsitzende berichtet, dass schon vor einiger Zeit im Stadtrat der Grundsatzbeschluss gefasst wurde, dass die Stadtgemeinde Althofen den Landart – Rundwanderweg und Landart – Kunstwettbewerb mitträgt.

AL Hubert Madrian ergänzt, dass der Antrag eingereicht und bereits genehmigt wurde. Die Förderstelle benötigt nun einen Gemeinderatsbeschluss über die Eigenmittel, die die Stadt Althofen aufbringt. Die Projektkosten belaufen sich auf 30.000 Euro, der Fördersatz beträgt 40 Prozent oder 12.000 Euro. Der finanzielle Anteil, den die Stadt zu tragen hat, beträgt 18.000 Euro (Beilage 3 Kostenkalkulation).

Der Vorsitzende stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle die Einreichung des Förderantrages Landart – Rundwanderweg und Landart – Kunstwettbewerb bzw. die Kostenbeteiligung in der Höhe von 18.000 Euro beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Pkt.5) Neugestaltung Hauptplatz:

a) Auftragsvergaben bzw. -erweiterungen

Der Vorsitzende ersucht AL Hubert Madrian um den Bericht.

AL Hubert Madrian bringt in Folge das Beleuchtungskonzept zur Kenntnis. Neben dem Hauptplatz sollen der Kreisverkehr und die Straßenanschlussbereiche Ost und Süd aber auch der Hauptplatz Nord sowie die Schulgasse mit dem neuen Beleuchtungskonzept ausgestattet werden. Das Planungsbüro Egger hat die erforderlichen Maßnahmen ausgeschrieben, wobei nun drei Angebote vorliegen, nämlich von der Firma TP Elektro Installationen, von der Firma Elin und der Firma EWW Anlagentechnik GmbH. Die Firma EWW ist die bestbietende Firma. Mitausgeschrieben, aber nicht vergeben, wird das Thema Farb- und Klanggarten für den Parkbereich. Die Firma EWW GmbH. bietet das Projekt mit 468.673 Euro netto an, wobei noch drei Prozent Rabatt auf Material zu erwarten sind.

Er bringt weitere Auftragsvergaben, die zwar bereits umgesetzt wurden, wie folgt zur Kenntnis:

- Errichtung von Laternen im Bereich des Kreisverkehrs, Firma TP, 6.500 Euro ohne MwSt.
- Anbringen von Konsolen für provisorische Leuchten, Firma Wiplinger, 360 Euro ohne MwSt.
- Fertigrasen, Dagmar Wallgram, 907 Euro ohne MwSt.
- Versetzen von Rasenkanten, Firma Wiplinger, 864 Euro ohne MwSt.
- Versetzen von Bäumen, Firma Steindorfer, 1.280 Euro ohne MwSt.

StR Mag. Wolfgang Leitner bittet um die einzelne Abstimmung der Beträge. Zudem fragt er nach, woraus das Bestbieterprinzip bestanden hat.

AL Hubert Madrian erklärt, dass der Bestbieter einen wesentlichen Abstand zum nächsten Bieter hat.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Ausschreibung des Planungsbüro Egger durchgeführt hat und im zuständigen Hauptplatzausschuss darüber bereits diskutiert wurde. Ing. Wilhelm Egger hat nach Ausführungen des Vorsitzenden dort angemerkt, dass die EWW GmbH. auch fachlich die einzig in Frage kommende Firma ist. Wert hat man daraufgelegt, dass auch die örtlichen Betriebe eingeladen wurden.

StR Mag. Wolfgang Leitner gibt bekannt, dass seine Fraktion für das Beleuchtungskonzept ist, es im Vorfeld schon viel diskutiert wurde und auch nachher viel diskutiert wird. Hauptsache, die Leute kommen nach Althofen und sehen es sich an. Er glaubt, dass das Beleuchtungskonzept einen besonderen Akzent setzt und Licht in die Stadt bringt. Da dahingehend Förderungen einzureichen sind, sind seiner Meinung nach nicht mit Mehrkosten für Stadtgemeinde zu rechnen.

Der Vorsitzende freut sich, dass die TWL-Fraktion den Schwerpunkt „Stadt des Lichts“, der auch ein Anliegen der TWL-Fraktion war, mittragen. Die Beleuchtungsfrage hat sich im Hauptplatzausschuss dynamisch in der Diskussion mit dem Planer entwickelt, alle haben erkannt, dass das Projekt größer aber auch attraktiver ist. Der Vorsitzende informiert, dass man mit dem zu fassenden Beschluss erstmals bewusst den Kostenrahmen von 4,6 Mio. Euro überschreitet. Er bringt zur Kenntnis, dass vom Land Kärnten aus der Berg- und Radförderung bereits eine Sonderförderung in der Höhe von 250.000 Euro schriftlich zugesagt wurde und daher zusätzliches Geld für das Hauptplatzprojekt vorhanden ist und somit der Eigenmitteleinsatz nicht erhöht werden muss. Von der eingereichten Zuzußgeförderung entfallen 1,6 Mio. Euro auf Maßnahmen bezüglich des neuen Hauptplatzes. Wenn die Stadtgemeinde tatsächlich die 25 Prozent dafür bekommen würde, wären es 400.000 Euro. Der Vorsitzende erinnert, dass im Hauptplatzausschuss erörtert wurde, ob man das Beleuchtungskonzept als Modulsystem installieren könnte. Aber um weitere Module machen zu können, müssen so viele Vorarbeiten erledigt werden, dass die Einsparungen sehr unwesentlich sind. Daher plädiert der Vorsitzende dafür, die sinnvollste Variante zu wählen und das Beleuchtungskonzept in der zu berichteten Form zu beschließen.

StR Mag. Klaus Trampitsch berichtet, dass man sich in der Fraktion ausführlich mit dem Thema beschäftigt hat und dabei die Frage aufgetaucht ist, warum man gerade jetzt in Zeiten wie diesen mehr ausgeben möchte, auch wenn mit Förderungen argumentiert wird. Es besteht aus Sicht seiner Fraktion nicht die Notwendigkeit mehr auszugeben für ein Beleuchtungskonzept, dass erst mit 400.000 Euro budgetiert war und nun 562.000 Euro kostet. StR Mag. Klaus Trampitsch gibt daher bekannt, dem Antrag nicht mitzutragen; auch im zuständigen Ausschuss sowie im Stadtrat hat seine Fraktion nicht mitgestimmt.

GR Sebastian Janschitz, BA MA, fragt nach der Höhe der Hauptplatz-Gesamtkosten.

AL Hubert Madrian antwortet, dass aus heutiger Sicht mit Kosten in der Höhe 5,1 Mio. Euro zu rechnen ist.

Der Vorsitzende bringt die Auftragsvergabe des Beleuchtungskonzeptes in der Höhe von 468.673 Euro netto zur Abstimmung.

Der Antrag findet mit 19:4 Annahme (Gegenstimmen StR Mag. Klaus Trampitsch, GRⁱⁿ Corinna Spendier, GR Robert Dolzer, GRⁱⁿ Silvia Zeißler).

StR Mag. Wolfgang Leitner merkt an, dass die nun zu abzustimmenden Auftragsvergaben teilweise schon ausgeführt wurden und es daher von seiner Fraktion keine Zustimmung geben wird.

StR Mag. Klaus Trampitsch schließt sich den Worten von StR Mag. Wolfgang Leitner an und merkt an, dass es sich ums Prinzip handelt und daher auch seine Fraktion bei den folgenden Auftragsvergaben nicht mitstimmen wird.

Der Vorsitzende stellt den Antrag der weiteren Auftragsvergaben in der von AL Hubert Madrian berichteten Form.

Der Antrag findet mit 18:5 Annahme (Gegenstimmen StR Mag. Klaus Trampitsch, GRⁱⁿ Corinna Spendier, GR Robert Dolzer, GRⁱⁿ Silvia Zeißler und StR Mag. Wolfgang Leitner)

b) Abschluss einer Vereinbarung mit dem Land Kärnten – Landesstraßenverwaltung im Zusammenhang mit der Sanierung der L82 Silbergger Straße im Bereich Hauptplatz Althofen sowie der L82a Töscheldorfer Straße und die Neugestaltung sämtlicher Nebenflächen

Der Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass es sich dabei um die vom Landstraßenreferenten schon vor langer Zeit zugesagten zeitgleichen Sanierung der Landstraße im Bereich des Hauptplatzes mit den Hauptplatz-Arbeiten der Stadtgemeinde handelt. Damit das synchronisiert bis Juni ablaufen kann, sind mehrere Schritte erforderlich, einer davon ist diese Vereinbarung. Der Vorsitzende bittet AL Hubert Madrian darum, weitere Details zu nennen.

AL Hubert Madrian führt aus, dass es eine Vereinbarung basierend auf einer Kostenschätzung gibt, bei der auch schon die Zuteilungen gemacht wurden. Die Gesamtbaukosten für diese Maßnahmen würden sich auf 686.000 Euro belaufen, wobei das Land neben den eigenen zu tragenden Kosten für Gehwege bis zu einer Breite von 1,50 Meter zu 50 Prozent unterstützt, jenen Bereich des Radweges, der zu dem Bereich R7B gehört, 67 Prozent zuschießt, das wären 10.000 Euro, und für die Busbucht würde das Land 50 Prozent bzw. 25.000 Euro bezahlen. In Summe wäre der Kostenbeitrag des Landes mit 48.000 Euro zu beziffern. Der Anteil der Gemeinde wären 236.000 Euro und das Land hätte einen Beitrag von 513.000 Euro zu zahlen.

Er informiert weiter, dass die Ausschreibung zwischenzeitlich veröffentlicht wurde, die Angebotseröffnung ist mit 20. Jänner 2023 vorgesehen und man guter Hoffnung ist, dass sich die Preise aufgrund der derzeitigen Marktsituation eventuell vergünstigen könnten. Das heißt die Gemeinde und das Land bezahlen die tatsächlich anfallenden Kosten und

verpflichten sich, für die Aufbringung dieser Kosten vorzusorgen und diese auch bereitzustellen. Das Land würde auch anteilige Planungskosten übernehmen. Die jeweilige Beauftragung bzw. Vergabe erfolgt anteilig durch das Land bzw. die Gemeinde, was die Nebenflächen betrifft. Die Abrechnung erfolgt direkt mit der bauausführenden Firma. Die Gemeinde hat nach Fertigstellung noch die Instandhaltung, dauernde Erhaltung und Verwaltung von Gehsteigen und Radwegen zu übernehmen.

Der Vorsitzende stellt den Abschluss einer Vereinbarung mit dem Land Kärnten – Landesstraßenverwaltung im Zusammenhang mit der Sanierung der L82 Silberegger Straße im Bereich Hauptplatz Althofen sowie der L82a Töscheldorfer Straße und die Neugestaltung sämtlicher Nebenflächen zur Abstimmung.

Der Antrag des Bürgermeisters, die Vereinbarung (Beilage 4) zu beschließen, findet einstimmige Annahme

Pkt.6) Bericht des Kontrollausschusses über die Sitzungen vom 22.6. und 7.11.2022

Der Vorsitzende ersucht den Vorsitzenden des Kontrollausschusses, GR Robert Dolzer, um den Bericht.

GR Robert Dolzer liest sodann die Berichte des Kontrollausschusses vor:

„Sitzung des Ausschusses für Kontrolle der Gebarung am 22. Juni 2022

1) Überprüfung der Stadtkasse

Die Stadtkasse wurden von den Ausschussmitgliedern überprüft und für in Ordnung befunden.

2) Neugestaltung Hauptplatz

(Beschlüsse, Auftragsvergaben, Rechnungen ab dem Jahr 2021)

Sämtliche Beschlüsse des Stadt- und Gemeinderates für dieses Vorhaben werden den Ausschussmitgliedern vorgelegt.

Zur Anfrage, welche Kosten für die Sanierung des Kreisverkehrs bisher angefallen sind; wird von der Finanzverwaltung erklärt, dass es eine im Gemeinderat beschlossene Vereinbarung mit dem Land Kärnten gibt und sich die Kosten auf ca. 132.000 Euro belaufen. Sämtliche Rechnungen werden vor Bezahlung dem Land Kärnten zur Überprüfung vorgelegt. Festgestellt wird, dass bei den vorliegenden Rechnungen Preiserhöhungen angeführt wurden.

Die Ausschussmitglieder beschließen das Vorhaben begleitend zu kontrollieren – sollte es tatsächlich zu einer Kostenüberschreitung kommen, vom Land Kärnten eine Erklärung einzufordern.

3) Presseförderung

(Beschlüsse, Auftragsvergaben, Rechnungen ab dem Jahr 2021)

Sämtliche Rechnungen, Kontoauszüge und Beschlüsse werden von den Ausschussmitgliedern überprüft.

Nachgefragt wird, ob es für die Beauftragung des BTV einen entsprechenden Beschluss gibt und ob sich die Ausgaben für Presseförderung im vorgesehenen finanziellen Rahmen bewegen. Der entsprechende Beschluss des Stadtrates wird den Ausschussmitgliedern vorgelegt und aufgrund der bisherigen Rechnungen bewegen sich die Ausgaben im vorgesehenen finanziellen Rahmen.

Die Anfrage, ob eine Meldung nach dem Medientransparenzgesetz erforderlich ist, wird abgeklärt – eine Aufforderung ist bis dato jedoch noch nicht erfolgt.

4) Freizeitanlage

(Überprüfung Rechnungen Einkaufszentrum Sabitzer)

Der Punkt wurde bereits in einer Sitzung dieses Ausschusses behandelt – zu klären waren relativ hohe Rechnungen im letzten Jahr.

Dazu wird von der Finanzverwaltung hingewiesen, dass während des „Lockdowns“ viele Reparaturarbeiten (Steg, Geländer) von den Bediensteten der Freizeitanlage selbst durchgeführt wurden und daher auch ein erhöhter Ankauf von Materialien erforderlich war.

Sitzung des Ausschusses für Kontrolle der Gebarung am 7. November 2022

1) Überprüfung der Stadtkasse

Es wurde die Stadtkasse und die neu eingerichtete Kasse für die Althofner Taler überprüft. Bei der Überprüfung der Hauptkasse wurden Abweichung der aufgelisteten Geldscheineinheiten und Münzen festgestellt – die Gesamtsumme der Geldscheine und Münzen entsprach aber dem tatsächlichen Kassenstand.

Die neu eingerichtete Kasse für Althofener Taler wurden überprüft und für in Ordnung befunden.

2) Neugestaltung Hauptplatz

(Beschlüsse, zusätzliche Auftragsvergaben, Rechnungen)

Es wurden alle bisherigen Gemeinderats-, Stadtratsbeschlüsse sowie alle bis zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Rechnungen überprüft. Im Zuge der Überprüfung wurde festgehalten, dass ein Vergleich von Teilrechnung mit den Angeboten in Bezug auf verrechnete Materialien, Massen schwer möglich ist. Lediglich ein Vergleich zu den angebotenen Preisen lässt sich kontrollieren.

Die Ausschussmitglieder einigen sich grundsätzlich darauf, künftig in jeder Sitzung dieses Ausschusses den Abrechnungsstand des Vorhabens zu kontrollieren. Weiters wird vereinbart zu einer der nächsten Sitzungen einen Vertreter der mit der Bauaufsicht beauftragten Firma einzuladen, um genaue Informationen über den Baufortschritt und Abrechnungsstand zu erhalten.

3) Kulturhaus

(Einnahmen/Ausgaben ab dem Jahr 2018; Abrechnungen/Stundenaufzeichnungen Hausmeister)

Die von der Finanzverwaltung vorbereiteten Unterlagen, d.s. sämtliche Veranstaltungsabrechnungen ab dem Jahr 2018 werden von den Ausschussmitgliedern einer Kontrolle unterzogen. Weiters wird der mit dem Hausmeister abgeschlossene Werkvertrag und die damit verbundenen Abrechnungen kontrolliert.

Die Ausschussmitglieder beschließen eine Empfehlung an den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Fremdenverkehr zu richten, die Tarifgestaltung für die Anmietung des Kulturhauses zu evaluieren. Ziel sollte es sein, die Auslastung anzuheben und damit verbunden mehr Einnahmen lukrieren zu können.“

Der Vorsitzende dankt dem Kontrollausschuss für die profunde Arbeit.

StR Mag. Wolfgang Leitner merkt an, dass der Bericht formalerweise vor Eingehen die Tagesordnung zu stehen hat und bittet dies, beim nächsten Mal zu berücksichtigen.

Die Berichte des Kontrollausschusses werden zur Kenntnis genommen.

Pkt. 7) Erlassung einer Verordnung mit der ein Parkverbot im Bereich Hauptplatz 1 bis 5 festgelegt wird

Der Vorsitzende informiert, dass nach entsprechenden Vorberatungen in den Innenstadtausschüssen und auch im Stadtrat nun ein Beschlüßungsantrag an den Gemeinderat vorliegt der vorsieht, im Bereich der Häuser 1 bis 5 bei den neuen Längsparkplätzen ein Parkverbot auszusprechen. Der Vorsitzende klärt weiter auf, dass es einen klaren Wunsch der betroffenen Gewerbetreibenden gibt, eine kurze Haltemöglichkeit einzuführen. Sowohl der Ausschuss als auch der Stadtrat haben sich einstimmig für ein Parkverbot ausgesprochen, das heißt, man kann in diesem Bereich zehn Minuten stehen, ansonsten gibt es in unmittelbarer Nähe normale Kurzparkzonen-Parkplätze. Seitens des Stadtrates gibt es einen Zusatz zum Verbot, nämlich „ausgenommen Ladetätigkeiten“. Der Vorsitzende bittet AL Hubert Madrian um weitere Ausführungen.

AL Hubert Madrian erklärt, dass es eine klare Begriffsbestimmung in der Straßenverkehrsordnung gibt, was das „Parken verboten“ beziehungsweise das erlaubte Halten bedeutet. Laut Straßenverkehrsordnung ist Halten eine nicht durch die Verkehrslage oder durch sonstige wichtige Umstände erzwungene Fahrtunterbrechung bis zu zehn Minuten oder für die Dauer der Durchführung einer Ladetätigkeit.

Vzbgm. Mag. Michael Baumgartner, MBA, denkt, dass die Anrainer dem sehr positiv entgegenblicken und dem Gemeinderat dankbar sind, sollte er sich für diese Variante entschließen. Er erklärt weiter, dass nach 18 Uhr normales Parken erlaubt ist.

GR Ing. Martin Hinteregger fragt an, wer in Zukunft das Parkverbot kontrollieren wird.

Der Vorsitzende erklärt, dass es dahingehend Ideen gibt, die in den Gremien demnächst besprochen werden sollen. Er möchte künftig durch eine externe Überwachungsfirma alle

Kurzparkzonen am neuen Hauptplatz und in der Innenstadt überwachen. Derzeit übernimmt dies stichprobenartig die Polizei.

StR Mag. Wolfgang Leitner gibt zu bedenken, dass bei den Längsparkplätzen die Autofahrer beim Einparken länger benötigen und so Stau entsteht. Der heutige Beschluss ist für ihn keine endgültige Lösung und er schlägt vor, Planer und Architekten mit ins Boot holen.

StR Mag. Klaus Trampitsch merkt an, dass eine Verordnung genauso gut ist, wie sie überwacht wird. Seiner Fraktion geht es darum, dass die Gewerbetreibenden die Ladetätigkeiten durchführen können. Wenn nicht kontrolliert wird, entsteht seiner Meinung nach Wildwuchs.

Der Vorsitzende stellt fest, dass ein übereinstimmender Wille für eine Bewachung besteht und nach den Weihnachtsfeiertagen dies bereits in Angriff genommen werden kann. Die Verordnung könnte mit 1. Jänner 2023 erlassen.

GR Ing. Martin Hinteregger fragt nach, warum man nicht nach dem Vorbild St. Veit eine reine Ladetätigkeit beschließt.

Der Vorsitzende informiert, dass dieser Vorschlag im zuständigen Ausschuss diskutiert wurde. Aber Menschen mit Handicap oder ältere Menschen dürfen bei reiner Ladetätigkeit dann nicht mehr parken.

GR Sebastian Janschitz, BA MA, fragt nach, wieso parken ab 18 Uhr wieder erlaubt ist und regt ein Schild zum Parken verboten mit ausgenommen Ladetätigkeit an.

Der Vorsitzende klärt auf, dass die Kurzparkzonenregelung der Stadtgemeinde Althofen von Montag bis Freitag, 8 bis 18 Uhr, sowie Samstag, 8 bis 12 Uhr, festgelegt ist.

StR Mag. Klaus Trampitsch merkt an, dass es auch sein Vorschlag war, Parken verboten mit dem Zusatzschild ausgenommen Ladetätigkeit anzubringen, da es eine zusätzliche Aufklärung ist.

Der Vorsitzende schlägt vor, wenn es rechtlich möglich ist, die Tafeln inklusive dem Zusatzschild aufzustellen.

StR Mag. Wolfgang Leitner glaubt, dass eine Zusatztafel die Uhrzeit angeben muss sowie ein Schild, bei dem ausgenommen Ladetätigkeit Anfang und Ende gekennzeichnet werden müssen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle die Erlassung der Verordnung eines Parkverbotes im Bereich Hauptplatz 1 bis 5 mit den Ergänzungen, dass auf Möglichkeit des Ladens hingewiesen wird und das ansonsten die Rahmenzeiten der allgemeinen Parkzone Anfang und Ende gelten, beschließen.

Der Beschluss fällt einstimmig.

Pkt. 8) Sicherheit im Behördennetz und zentrale Verrechnung; Vereinbarung über eine Vertragsübernahme

Der Vorsitzende informiert, dass die Stadtgemeinde Althofen im Kärntner Behördennetz eingebunden ist und noch im Jahr 2022 entsprechende vertragliche Änderungen durchzuführen sind. Er ersucht StR Mag. Wolfgang Leitner um den Bericht.

StR Mag. Wolfgang Leitner führt sodann aus, dass bei einem Anschluss von Glasfaser nur jene bestimmten Dienstleister zugelassen werden, die über ein zentrales Sicherheitsnetz und -service verfügen. Dies sind die A1, Magenta und die Kelag, obwohl die Kelag eigentlich kein Anbieter ist. Er erklärt weiter, dass es auch für die öFIBER eine Lösung gibt, die sicherheitskonform den Zugriff auf das Behördennetz erlauben wird. Die öFIBER wird die A1 Business durchrouten, daher sollte es keine Probleme geben, wenn dies akzeptiert wird. StR Mag. Wolfgang Leitner erinnert, dass die Stadtgemeinde Althofen die letzte Gemeinde ist, die dies noch ausständig hat, da es bisher keine Lösung bezüglich der öGIG gab. Er bringt zur Kenntnis, dass die öGIG nun dahingehend auch angeregt wurde.

Der Antrag des Vorsitzenden, die vorliegende Vereinbarung (Beilage 5) über eine Vertragsübernahme zu beschließen, findet einstimmige Annahme.

Pkt.9) Voranschlag 2023

Der Vorsitzende ersucht Vzbgm. Mag. Michael Baumgartner, MBA, um den Bericht.

Vzbgm. Mag. Michael Baumgartner, MBA, erklärt, dass der Voranschlag allen Fraktionen zugegangen ist und in den Gremien diskutiert wurde. Der Finanzierungsvorschlag 2023 weist Einzahlungen in der Höhe von 16 Millionen Euro und Auszahlungen in der Höhe von 20 Millionen Euro aus (Beilage 6 Voranschlag). Mittelweile liegt auch eine Rückmeldung der Abteilung 3 Gemeinderevision vor, die mit dem Voranschlag 2023 einverstanden sind und diesen für in Ordnung befunden hat.

StR Mag. Wolfgang Leitner findet, dass das Budget 2023, der Haushaltsplan für die Stadt Althofen, geprägt ist durch die Fortsetzung angefangener oder zumindest budgetierter Projekte aus den Jahren 2021 und 2022 und nicht so sehr durch neue Akzente und Initiativen. Viele Projektthemen der Vorjahre haben sich leider vielfach nur als Papiertiger im Budget dargestellt, wir sind weit davon entfernt die vom Bürgermeister angesteuerte Straßensanierungsinitiative in die Gänge zu bringen, auch wenn es bisher nicht an der Finanzierung gelegen war. Die Bauarbeiten rund um Hauptplatz und Kreisverkehr zeigen ja Ähnliches: Es wurde mit vollen Rohren alle Ausgaben bereits im letzten Jahr budgetiert, obwohl wir bisher immer noch dabei sind Detailpläne auszudiskutieren, die Umsetzung wird sich wohl weit ins Jahr 2023 ziehen. Wie wir schon im letzten Budgetansatz dazu bemerkt hatten, sind die Ergebnisse dieser Politik völlig überzogene Budgets, die dann von Jahr zu Jahr weiterzuschreiben sind, aber im Sinne des Anspruchs des Bürgermeisters wohl ein gewünschter Rekord-Budgetansatz daraus abzuleiten sein wird.

StR Mag. Wolfgang Leitner erwähnt einen wichtigen Schwerpunkt für 2023, den seine Fraktion schließlich doch einbringen und auch bereits konzeptmäßig sehr gut voranbringen

konnte: Die Vorsorge für Blackouts und Katastrophenfälle wurde aufgestockt, sodass nunmehr bereits 300.000 Euro für die Errichtung der Leuchttürme und der Kommunikations- und Notstrominfrastruktur zur Verfügung stehen werden. Im Sinne der Sicherheit unserer BürgerInnen wichtige Investitionen, auch wenn wir damit leider noch lange nicht am Ende sein werden. Bei anderen Ansätzen vermisst er wieder die kaufmännische Sorgfältigkeit, etwa wenn man bewusst auf die Anpassung von Strom- und Wärmerechnungen verzichtet, ebenso die vorhersehbare Anpassung von Prämienzahlungen und Mieten unterlässt. Nebenbei werden in bewährter Manier Grundstücksverkäufe in Höhe von 1,4 Mio. Euro angesetzt, obwohl die Verträge noch nicht stehen und die Häuslbauer 2023 vielleicht doch mehr Hürden für ihr Bauvorhaben vorfinden werden. Dies wohl nur um schon in den Budgets rechnerische Überschüsse auszuweisen, obwohl dies für ein Budget absolut nicht notwendig erscheint.

StR Mag. Wolfgang Leitner glaubt, dass der einzige Ansatz, der eine gewisse Vorsicht eingepreist hat, die Kommunalsteuer ist, die – obwohl die Lohn- und Gehaltssummen doch durch die Inflation wesentlich steigen könnte – nur um 100.000 Euro angepasst wurden. Keine Lösungen gibt es weiterhin für die notleidenden Gebührenhaushalte, aber da steht ja das Wort des Finanzreferenten aus dem letzten weiterhin im Raum, dass die solide Finanzierung für Jahrzehnte sichergestellt sei. Die Zahlen sprechen allerdings eine andere Sprache. Obwohl wir nun anscheinend doch vermehrt auf Förderungen für Projektumsetzungen setzen, wurden die laut Bürgermeister bereits zugesagten Fördermittel des Landes für den Hauptplatz zum Beispiel noch nicht eingebucht und die seit vier Jahren zugesagten 900.000 Euro für die Radwege drohen mangels Umsetzungswilligkeit im Juni zu verfallen. Auch hier leider keine solide Abstimmung und konsensuale Vorgehensweise, so als ob es LFA-, TWL- oder SPÖ-Förderungen gäbe.

StR Mag. Wolfgang Leitner erteilt die Auskunft, dass seine Fraktion trotzdem dem vorliegenden Budgetvoranschlag die Zustimmung erteilen wird, nachdem man sich schon im Erstellungsprozess tatkräftig eingebracht habe. Man würde sich aber in Hinkunft eine bessere Globalsteuerung, was Projekte oder Förderungen betrifft, wünschen, um vielleicht dann doch schneller Themen für die Bürger dieser Stadt umsetzen zu können.

StR Mag. Klaus Trampitsch stellt fest, dass wie in den vergangenen Jahren vielfach Positionen übernommen wurden und dadurch vielleicht nicht die Richtigkeit haben, wie sie sein sollen. Unklarheiten hat seine Fraktion versucht, im Finanzausschuss zu diskutieren, allerdings hat ihn im Ausschuss der Vorwurf verwundert, warum das Thema so breit diskutiert wird. Seine Fraktion hat das Forum des Ausschusses weiter genutzt und ausführlich gefragt und nahm weiterhin zur Kenntnis, dass dies kritisiert wurde. Er führt weiter aus, dass seine Fraktion aber mit Antworten zufriedengestellt wurde.

GR Sebastian Janschitz, BA MA, fragt nach, wieso im Voranschlag bei den Miet/Strompreisen die gleichen Zahlen wie 2020/21 stehen. Das würde nicht den wirtschaftlichen Entwicklungen entsprechen.

Vzbgm. Mag. Michael Baumgartner MBA, erklärt, weil einerseits die Entwicklungen darunter liegen und es sich andererseits um zum Teil prozentuelle Anpassungen und Vorgaben des Landes handelt.

Der Vorsitzende erläutert, dass es einen Unterschied zwischen Voranschlagsätze tatsächliche Rechnungsergebnisses gibt und wenn die Finanzabteilung feststellt, dass dieser Voranschlagsatz im laufenden Jahr nicht erreicht wird, kann man mit kaufmännischer Vorsicht den gleichen Betrag für das nächste Jahr reinschreiben. Jeder einzelne Punkt ist von der Finanzverwaltung genauestens geprüft und nach bestem Wissen und Gewissen vermerkt.

GR Sebastian Janschitz, BA MA, fragt nach, wieso der Mietpreis für das Kulturhaus nicht angehoben wurde und wann die neuen Vorschreibungen kommen.

StR Mag. Wolfgang Leitner erklärt, dass man dafür die Abrechnung der Immo KG benötigt, und diese kommt erst zum Rechnungsabschluss. Er sieht aber voraus, dass man es im Nachtragsvoranschlag ändern muss.

GR Sebastian Janschitz, BA MA, glaubt, dass es sinnvoll wäre, dass man sich den Vertrag ansehen und die Preise zweimal jährlich anheben muss.

Der Vorsitzende dankt für das Hinweisen auf diesen Punkt.

Der Vorsitzende stellt sodann den Voranschlag 2023 zur Abstimmung.

Dieser findet einstimmige Annahme.

Pkt.10) Mittelfristiger Ergebnis-, Investitions- und Finanzplan (MEIFP) 2023 – 2027

Der Vorsitzende bittet Vzbgm. Mag. Michael Baumgartner MBA, um dessen Bericht.

Vzbgm. Mag. Michael Baumgartner MBA, erklärt, dass der mittelfristige Ergebnis-, Investitions- und Finanzplan allen Fraktionen zuergangen ist. Jährliche Lohnkostenerhöhung von zwei Prozent ebenso Transferzahlungen und Ertragsanteile aus dem Land Kärnten sowie die Vorhaben bis zum Jahr 2027 wurden nach Plan und Möglichkeiten von heute erfasst. Der Finanzplan wurde der Gemeinderevision übermittelt, die diesen bereits für in Ordnung befunden hat. Es liegt ein einstimmiger Entschließungsantrag des Finanzausschusses und des Stadtrates vor.

Der Vorsitzende stellt den mittelfristigen Ergebnis-, Investitions- und Finanzplan (MEIFP) 2023 – 2027 zur Abstimmung.

Dieser findet einstimmige Annahme.

Pkt.11) Abschluss eines Kaufvertrages mit Marta und Viorel Urite im Zusammenhang mit dem Ankauf der Parz. 64/49, KG Töscheldorf; Baufristverlängerung

Der Vorsitzende führt aus, dass mit dem Ehepaar ein Kaufvertrag für die letzte Parzelle innerhalb dieses Bauabschnittes abgeschlossen wurde. Das Ehepaar Urite ist nun mit der Bitte um Fristverlängerung des Baubeginns um sechs Monate an die Gemeinde herangetreten.

Der Vorsitzende stellt in Folge den Antrag, die Baufrist von Marta und Viorel Urite im Zusammenhang mit der Parz. 64/49, KG Töscheldorf, um sechs Monaten zu verlängern.

Der Antrag findet einstimmige Annahme.

Pkt.12) Pflegenahversorgung; Weiterführung des Projektes

Der Vorsitzende ersucht StR Mag. Klaus Trampitsch um seinen Bericht.

StR Mag. Klaus Trampitsch erinnert, dass es die Pflegenahversorgung in Kärnten seit drei Jahren und in Althofen seit zweieinhalb Jahren gibt. Nun geht es den Projektverantwortlichen im Land darum, einen Beschluss herbeizuführen, damit das Projekt weitergeführt werden kann. Er führt weiter aus, dass es eine Variante gibt die vorsieht, dass Althofen einen Verbund mit Kappel am Krappfeld, Brückl, Eberstein und Klein St. Paul bildet. Die Aufteilung erfolgt prozentuell je nach Einwohnerzahl. Daraus ergibt sich für Althofen ein Anteil von 38 Prozent. StR Mag. Klaus Trampitsch erklärt, dass, sollte man die Pflegenahversorgung in Althofen weiterführen wollen, 38 Prozent der Personalkosten zu tragen sind, wobei die Stadtgemeinde eine zusätzliche Förderung von sechs Monaten in Anspruch nehmen kann und dadurch bis August 475 Euro an Personalkosten zu tragen hätte. Danach beträgt der monatliche Betrag an Personalkosten 950 Euro.

Er erwähnt, dass im zuständigen Ausschuss und Stadtrat darüber diskutiert wurde und es einen Beschluss dahingehend gibt, dass sich die Stadtgemeinde für ein weiteres Jahr dem Projekt widmen und sich die Stadtgemeinde gleichzeitig Gedanken machen soll, ob eine eigene Kraft für Althofen sinnvoll wäre. Nach Rücksprache mit der Projektverantwortlichen des Landes Kärnten ist es nicht möglich, nur ein Jahr dabei zu sein, sondern es ist erforderlich, sich für zwei Jahre dem Projekt anzuschließen. StR Mag. Klaus Trampitsch erklärt daher, der Beschluss heute müsste auf zwei Jahre gefasst werden mit einer monatlichen Belastung für ein halbes Jahr von 475 Euro Personalkosten und für die restlichen eineinhalb Jahre mit einer monatlichen Belastung von 950 Euro Personalkosten (Beilage 7).

StR Mag. Wolfgang Leitner meint, dass die finanzielle Beteiligung des Landes nicht hoch ist und man eigentlich nur eine Kraft hat, die zwischen den Gemeinden pendelt und ihre Arbeit dabei 50 Prozent am Weg verbringt. Er plädiert dafür, für Althofen eine eigene Kraft anzustellen.

StR Mag. Klaus Trampitsch bestätigt, dass die zuständige Kraft viel Zeit beim Fahren aufwendet. Daher hat man eingefordert, dass die Pflegenahversorgerin in Althofen zusammenhängend am Block da ist. 38 Prozent ihrer Arbeitszeit wäre sie in Althofen, der Stützpunkt wäre im AVS-Büro in der Neubaugasse. Er glaubt, dass ein eigenes Projekt aufzubauen schwer sein wird, da ein Jahr Vorlaufzeit zu gering ist. Er schlägt daher vor, jetzt diesen Beschluss zu fassen und sich nebenbei Gedanken zu machen, wie man eine eigene Kraft aufbauen könnte. Vielleicht ergibt sich in der Zwischenzeit eine weitere Förderschiene des Bundes.

GRⁱⁿ Stefanie Steiner findet, dass man sich Gedanken machen soll, was die Stadtgemeinde für die Bürger haben will. Die derzeitige Pflegenahversorgerin Bettina Kreuzer gibt eher leichte Hilfestellung bei Anträgen oder erteilt telefonische Auskünfte. Sie glaubt, dass die Bürger eine fixe Fachkraft vor Ort brauchen, die Personen für kurze Zeit Hilfestellung bietet. Nur für Anträge ausfüllen und Auskünfte am Telefon benötigt man keine Fachkraft. Sie würde es begrüßen, wenn die Gemeinde eine Person einstellt, die diese Tätigkeiten macht. Dass es ein Jahr zum Aufbauen braucht, glaubt sie nicht, da man mit Einrichtungen wie z.B. dem Hilfswerk zusammenarbeiten oder freiberufliche Krankenschwestern einstellen kann.

Der Vorsitzende erklärt, dass es aus der Sicht des Landes Kärnten zu einer unglücklichen Zweigleisigkeit gekommen ist. Beim Land Kärnten geht man davon aus, dass man innerhalb von zwei Jahren eine Verschränkung der Community Nurse und der Pflegenahversorgung herbeiführen kann. Im Bezirk St. Veit ist der Rechtsträger der Sozialhilfeverband. Bei der Vollversammlung des Sozialhilfeverbandes wurde einstimmig beschlossen, dass der Sozialhilfeverband für ein befristetes Dienstverhältnis von zwei Jahren für Frau Kreuzer auftritt. In diesem überschaubaren Zeitraum von zwei Jahren wird man dann sehen, wie es weitergeht. Er findet, dass Frau Kreuzer viel an Bekanntheit gewonnen hat. Bei der Richtigkeit aller Überlegungen sollte man dieser Sache jetzt eine Chance geben auch in Hinblick dessen, dass Pflegenahversorgerin Kreuzer in Althofen einen Stützpunkt bekommt.

StR Mag. Klaus Trampitsch findet es sinnvoll, eine Kraft für Althofen zu haben. Entweder man beschließt heute die Pflegenahversorgung für zwei Jahre und wartet ab, ob sich die Förderschiene des Bundes wieder auftut und sich die Stadtgemeinde den Community Nurse-Projekt anschließen kann, oder man sagt heute nein, aber dann gibt es in Althofen nichts Dahingehendes. Er glaubt nicht daran, innerhalb eines Jahres eine ausgebildete Fachkraft zu finden.

StR Mag. Wolfgang Leitner regt an, dem Beschluss hinzuzufügen, dass es maximal zwei Jahre sein sollen und Bundesförderungen sofort zu nützen sind.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, das Projekt Pflegenahversorgung für die Dauer von zwei Jahren weiter zu genehmigen.

Der Antrag findet einstimmige Annahme.

Pkt.13) Erlassung einer Verordnung mit der der Stellenplan für das Verwaltungsjahr 2023 beschlossen wird

Der Vorsitzende bittet AL Hubert Madrian um den Bericht.

AL Hubert Madrian informiert, dass die Stellenplanverordnung die Anzahl des Beschäftigungsausmaßes, Stellenwerte, etc. der Gemeindebediensteten abbildet (Beilage 8 Verordnung Stellenplan).

Der Antrag des Vorsitzenden, die vorliegende Verordnung zu beschließen, wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende informiert, dass ein selbstständiger Antrag der Fraktion TWL betreffend „Der Möglichkeit von Online-Übertragung von Gemeinderatssitzungen“, datiert mit 21. Dezember 2021, eingelangt ist. TWL begründet den Antrag wie folgt: „Durch die Gesetzesänderung auf Landesebene wurde durch das Land Kärnten die Möglichkeit für Gemeinden eröffnet, Gemeinderatssitzungen online im Internet zu übertragen. (Beilage 9). Der Antrag wird im nächsten Stadtrat behandelt.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist, informiert der Vorsitzende, dass vier Wortmeldungen vorliegen.

Vzbgm.ⁱⁿ Doris Hofstätter richtet folgende Worte an den Gemeinderat:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Stadt- und Gemeinderates, lieber Hubert, liebe Bettina, sehr verehrte Anwesende.

Ein sehr, wie ich meine, arbeitsreiches Jahr neigt sich dem Ende zu und es zeigt uns, wie schnell die Zeit vergeht aber auch, was in einem Jahr alles so passieren und auf den Weg gebracht werden kann. Das heißt aber auch, dass sehr viele Beschlüsse gefasst, wichtige Entscheidungen zeitnah getroffen wurden und dadurch ohne Verzögerungen, Projekte begonnen und umgesetzt werden konnten. Dafür darf ich mich seitens der Liste für Alle bei allen handelnden Personen bedanken, denn es ist uns heuer, so denke ich, eine Spur besser gelungen das Verbindende über das Trennende zu stellen.

Ebenso bedanke ich mich und im Namen meiner Fraktionskolleginnen und Kollegen ganz herzlich bei unserer Verwaltung, allen voran unserem Stadtamtsleiter Hubert Madrian, für die Unterstützung und sehr gute Arbeit das ganze Jahr über.

Ich wünsche Euch allen ein frohes Fest im Kreise Eurer Familien und einen guten Rutsch in ein gesundes, glückliches und erfolgreiches neues Jahr, in dem wir wieder alle gemeinsam dafür Sorge tragen werden, unsere Stadt noch lebenswerter und attraktiver zu machen. Ich wünsche euch ein frohes Fest.“

StR Mag. Wolfgang Leitner schließt sich den Worten seiner Vorrednerin an sagt, dass in Zeiten, in denen man über Mauern redet und man sich in Europa einmauern möchte es wichtig ist, dass man gemeinsame Themen findet und gemeinsam etwas umsetzt. Er glaubt, dass alle deshalb im Gemeinderat sitzen, um etwas zu bewegen und umzusetzen. Er bedankt sich bei allen die dabei helfen, etwas umzusetzen. Sein Dank richtet sich an AL Hubert Madrian als Kopf der Verwaltung aber auch an alle Mitarbeiter in der Verwaltung. Er freut sich, dass es seinem projektverantwortlichen Kollegen wieder besser geht und so wieder Kontinuität eintritt. In diesem Sinne wünscht er friedvolle Weihnachten und ein gutes neues Jahr.

Auch StR Mag. Klaus Trampitsch schließt sich seinen beiden Vorrednern an und dankt im Namen seiner Fraktion für die gute Zusammenarbeit in den einzelnen Gremien. Er glaubt, dass es anstrengende, aber konstruktive Sitzungen waren mit anregenden Diskussionen, die zu etwas geführt habe. Er bedankt sich, dass man auch als kleine Fraktion Sichtweisen einbringen durfte. Seinen Dank richtet er insbesondere an alle Verwaltungsbediensteten, an seine Sachbearbeiterin sowie an AL Hubert Madrian. Ohne die Unterstützung der Verwaltungsbediensteten wäre die Arbeit nur schwer möglich. Er wünscht im Namen seiner

Fraktion allen Kolleginnen und Kollegen sowie deren Angehörigen ein frohes und friedvolles Fest, einen guten Rutsch und ein gesundes neues Jahr.

GR Caba Lajko spricht allen Kolleginnen und Kollegen das größte Kompliment aus. Er glaubt, dass sich die politische Kultur zum Glück geändert hat und verweist darauf, dass dies die zweite Gemeinderatssitzung war, die im normalen Rahmen abgelaufen ist. Er bedankt sich bei AL Hubert Madrian und allen Verwaltungsangestellten für die sehr gute Arbeit. Er meint, dass er zwar keine Fraktion hinter sich hat, sich aber gut aufgehoben fühlt. Er schließt mit guten Wünschen für das Weihnachtsfest und für das neue Jahr.

Der Vorsitzende dankt abschließend allen Gemeinderatskolleginnen und -kollegen herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit sowie den Fraktionschefs, die immer darauf geschaut haben, dass man zu einem gemeinsamen Ergebnis kommt – das sei nicht selbstverständlich und er bedankt sich ausdrücklich dafür. Es freut ihn sehr, dass alle vier Vorredner Stadtamtsleiter Hubert Madrian und sein Team erwähnt haben, „denn ohne unsere Verwaltung wären wir nichts. Lieber Hubert, vielen herzlichen Dank an dich und dein Team, wir sind wirklich gut aufgehoben“. Er wünscht frohe Festtage und verrät, dass er zwei Bücher für die Kolleginnen und Kollegen als Präsent verschenkt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dankt der Vorsitzende allen Anwesenden für ihr Erscheinen, lädt zu einem vorweihnachtlichen Imbiss und Umtrunk ein und schließt die Sitzung um 19:50 Uhr.